



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Württembergische Zustände.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

nen Augenblick ein, daß man sie beim Wort nehmen könnte. Sie betrogen sich in ihren Schriften wie die jungen Musketiere, wenn sie in den Straßen von Paris die Fenster zerschlugen: das war freilich nicht recht.

Und so plaudert der alte Herr noch eine Weile fort; dann setzt er hinzu: Aber ich merke, daß die Liebe zum Guten, diese unglückselige Passion, mich verführt hat, über Dinge zu reden, die mich nichts angehen. — Darauf folgen Bemerkungen über die französische Armee zur Zeit der Revolution, zum Theil sehr fein: er macht darauf aufmerksam, daß die Franzosen einen militärischen König brauchen; daß sie sehr geeignet sind, sich für den Angriffskrieg zu organisiren, wenn man ihren Ehrgeiz anruft, daß sie aber für den Vertheidigungskrieg nicht zu brauchen sind. In solchen Fällen sagt der Bürger: ich bezahle die Soldaten, sie mögen sich für mich schlagen, und dem Bauer fällt es nicht ein, die Flinte zu nehmen und für Weib und Kind eines Andern zu sechten: er wartet bis die Reihe an ihn kommt.

Außerdem enthält der dritte Band Charakterbilder in der Weise Labruheres, voll Wig und Anmuth, z. B. *le débauché et le libertin, les gens d'esprit et les académie*, und eine Reihe von Frauenportraits, die zum Theil wol wirkliche Portraits sein mögen. — Der vierte Band erzählt unter Andern einige Unterredungen mit Voltaire und Rousseau, auch ein kleines Lustspiel ist darin: die Entführungen oder das Leben auf einem Schloß 1785. Die Erfindung der Handlung ist ziemlich schwach, aber die Sittenbilder sind eben so treffend als reizend; es gehört in die Gattung der später so beliebten Sprichwörter. Der übrige Theil des Bandes besteht aus Aphorismen unter verschiedenen Titeln, in denen zuweilen freilich mehr geplaudert wird, als gerade nöthig wäre; doch blättert man gern darin, da man häufig auf sehr feine Bemerkungen stößt.

Württembergische Zustände.

Stuttgart, den 15. Jan. Wer gegenwärtig durch Württemberg reist, könnte sich versucht fühlen, aus dem ruhigen Zustand des Landes, dem seit einigen Jahren in Folge günstiger Ernten zunehmenden Wohlstand, der überall sich kundgebenden industriellen Thätigkeit und der geringen Theilnahme an den

politischen Bewegungen der neuesten Zeit den Schluß zu ziehen, daß in diesem Winkel von Deutschland vollkommene, höchstens durch das Murren einiger Uebelwollenden gestörte, Zufriedenheit herrsche, und daß das Volk, unter der Leitung einer weisen und gerechten Regierung glücklich, keine Ursache habe, für sein engeres und das größere deutsche Vaterland eine Veränderung zu wünschen.

Dieser Schluß wäre eine Täuschung. Es dürfte im Gegentheil wenige Provinzen von Deutschland geben, in welchen der auf der Gegenwart lastende Druck tiefer empfunden wird, als in Württemberg, und wenn dieses Gefühl sich weniger in Worten Luft macht, so kann der aufmerksame Beobachter doch leicht finden, daß die herrschende Ruhe eher einer Stille vor dem Gewitter, als einem klaren Sommertage gleicht. Denn die Württemberger wissen und empfinden es täglich, daß dieselbe Politik, welche acht Jahre lang auf Preußen lastete, auch sie umspinnen hat, daß die volks- und fürstenfeindliche Partei, welcher es in den Jahren 1849 und 50 gelang, die Mehrzahl der deutschen Ministerien mit Männern aus ihrer Mitte zu besetzen, wie in den meisten kleinen deutschen Staaten, so auch bei ihnen, immer noch ein Manteuffel'sches Regiment führt, und daß darin hauptsächlich der Grund liegt, weshalb der von ganz Deutschland freudig begrüßte Umschwung der preussischen Politik, auch wenn er gründlicher gewesen wäre, für die kleinern Staaten die erwarteten Früchte nicht tragen konnte. Sie wissen ferner besser, als dies vielleicht im übrigen Deutschland bekannt ist, daß Polizeiwillkür, Mißachtung des bestehenden Rechts, Beschränkung der Presse, Einfluß persönlicher Gunst oder Ungunst ihrer Regierung so wenig fremd sind, als der hannoverschen, kurhessischen und Anderen, welche in Deutschland durch jene Eigenschaften Sensation machen. Diese Behauptung ist stark, wir getrauen uns jedoch, sie auf Grund sorgfältiger Nachforschungen durch Beispiele zu beweisen.

Von der Presse zu reden ist fast überflüssig. Warum sollte nicht hier wie anderwärts über Beschlagnahme, ohne daß etwas Strafbares sich vorfindet, über Concessionsverweigerung wegen politischer Mißliebigkeit, Entziehung der amtlichen Inserate und dergleichen zu klagen sein? Namentlich in den kleinen Landstädten sind die Localblätter, welche ohne Inserate nicht bestehen können, in solche Abhängigkeit gebracht worden, daß viele sich einer förmlichen Censur durch die Oberämter unterwerfen müssen und die vorgängige Billigung des Inhalts durch diese Behörden, den willkürlichen Beschlagnahmen und der Bedrohung mit Entziehung der Inserate gegenüber, noch als eine Wohlthat ansehen. Hierbei wird eine Censur geübt, im Vergleich mit der das vormalige System liberal erscheint, z. B. die Ankündigung gesetzlich erlaubter Versammlungen, die Aufforderung zum Unterschreiben von Petitionen u. s. w. nicht zum Druck zugelassen. Sogar bei dem Schillerfest wurde verlangt, daß man

die abzuhaltende Rede vorher dem Amtmann vorlege. Außerdem wird von den der Regierung nicht unbedingt ergebenden politischen Zeitschriften die höchst mögliche Caution gefordert, bei polizeilichen Beschlagnahmen die Angabe des anstößigen Artikels verweigert.

Tief in das gewerbliche Leben eingreifend ist der Mißbrauch, welcher mit gewerblichen Concessionen getrieben wird. Statt in den gesetzlich von einer Regierungserlaubnis abhängigen Fällen diese Erlaubniß einfach zu geben oder zu verweigern, wird bei Einzelnen die Concession zwar ertheilt, aber an Bedingungen geknüpft, welche das Gesetz nicht kennt, z. B. Widerruflichkeit, und so der Gewerbestand mehr und mehr von der Gunst der Regierung abhängig gemacht. Das Vereinswesen ist durch die zu dem Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 erlassene Vollziehungsverordnung so eingeschränkt, daß politische Vereine nicht dabei bestehen und nichtpolitische sich kaum mehr behaglich fühlen können. Die Ueberwachung geht über das Maaß der Bundesbeschlüsse hinaus, so weit, daß z. B., als die vor einigen Monaten in Göppingen versammelten schwäbischen Turner einen Spaziergang auf den nahe gelegenen Hohenstaufen beabsichtigten, der dortige Oberamtmann den Auftrag erhielt, dies zu verhindern, was ihm jedoch, da er hierzu weder ein Recht noch materielle Macht besaß, unmöglich war.

Durch Aufbietung aller in der Gewalt der Regierung liegenden Mittel und wiederholte Auflösungen wurde eine Abgeordnetenkammer erzielt, in welcher die entschiedene Opposition nur noch durch wenige Stimmen vertreten ist. Mit Hilfe einer zu einem Viertel aus Privilegirten und zu drei Vierteln aus vom Volk Gewählten bestehenden zweiten und einer aus hohem Adel und vornehmen Beamten zusammengesetzten ersten Kammer wurde die Todes- und die Prügelstrafe wieder eingeführt (letztere wird fleißig gehandhabt), das Verhlichungsrecht beschränkt, die Steuern erhöht, die Besoldungen der Beamten durchgängig aufgebessert, ohne zugleich an ihrer Zahl zu sparen und dergl. Noch weiter gehende Versuche der Regierung, die Gemeindeverwaltung in aristokratischem Sinn umzugestalten und den angeblich durch die Ablösungsgesetze von 1848 und 1849 verkürzten Gefällberechtigten auf Kosten des Staats und der Pflchtigen große Summen nachträglich zuzuwenden, konnten bis jetzt selbst in der, der Regierung ergebenden Abgeordneten-kammer nicht durchgesetzt werden.

Eine Uebereinkunft mit dem römischen Stuhl, welche mit verschiedenen Bestimmungen der Landesverfassung in Widerspruch steht, wurde von dem Cultministerium in ihren wichtigsten Punkten zur Ausführung gebracht und gewinnt dadurch factischen Bestand, obgleich sie von den Ständen noch nicht berathen und deren Zustimmung sehr zweifelhaft ist. Diese Uebereinkunft enthält Zugeständnisse der bedenklichsten Art an die Curie; sie gibt die Volks-

erziehung, die Bildung der Geistlichen, sogar auf der Hochschule, die Aufsicht und Strafgewalt über den niedern Clerus dem Bischof preis, gestattet die Erwerbung von Gütern durch geistliche Corporationen, begünstigt die Ansiedelung von Mönchen und Nonnen und schwächt das Aufsichtsrecht der Regierung, ohne irgend ein Aequivalent dafür zu bieten; sie wird daher von den Katholiken selbst, so weit sie nicht zur ultramontanen Partei gehören, als ein Unglück betrachtet.

Die Verwaltung des Finanzdepartements wird in einer Weise geführt, welche fortwährende öffentliche Klagen hervorrust. Der Staat ist Inhaber der Posten, Eisenbahnen, Telegraphen, der Dampfschiffahrt auf dem Neckar und Bodensee. Er besitzt den dritten Theil der Waldungen des hauptsächlich auf Holz als Brennstoff angewiesenen Landes, sämmtliche Salinen, Hüttenwerke und ausgedehnte Eisen-Fabriken. Alle diese Anstalten stehen unter dem Finanzministerium, welches, da es die Verkehrsanstalten und den Holzmarkt vollständig beherrscht, die Staatsgewerbe, ohne Concurrenz von Privaten, auf Kosten der volkwirthschaftlichen Entwicklung des Landes, zu hohem Ertrag zu steigern vermag. Zudem ist in diesem Departement das bei den Uebrigen bestehende Collegialsystem zwar nicht gesetzlich, aber factisch aufgehoben, indem der Minister weder, wie vorgeschrieben ist, an den Sitzungen der Collegien in wichtigen Fällen Theil nimmt, noch die Vorschrift, seine Verfügungen, wenn sie von den Beschlüssen der Collegien abweichen, zur Kenntniß des Königs zu bringen, befolgt, vielmehr sehr häufig Verfügungen trifft, ohne auch nur seine Råthe vorher zu hören; wie denn z. B. Gesetze über neue Eisenbahnbauten dem Landtag vorgelegt wurden, ohne daß die Eisenbahnkommission vorher hiervon in Kenntniß gesetzt war. Es besteht sogar eine Behörde, die im Jahr 1851 zur Erledigung wichtigerer Gegenstände von gemeinschaftlichem Interesse bei der Verwaltung der Posten, Eisenbahnen und Telegraphen unter dem Vorsitz des Finanzministers niedergesetzte Centralbehörde für die Verkehrsanstalten, welche noch niemals zu diesem Zweck eine Sitzung gehalten hat, obgleich der Finanzminister unter dem Titel des Vorstands dieser Behörde eine Freikarte des deutschen Eisenbahnvereins besitzt. Ferner wird in keinem Departement so sehr, wie in diesem, über persönliche Bevorzugung Einzelner und Hintansetzung Verdienterer geklagt; in keinem werden Bittsteller roher angefahren und Untergebene so derb, sowol schriftlich als auch mündlich, sogar vor dem Publikum, z. B. auf den Trottoirs der Bahnhöfe, ausgescholten.

Für die hier herrschenden Rechtsbegriffe mögen einige Beispiele zeugen. Eine Gemeinde machte Entschädigungsansprüche an die Eisenbahnverwaltung geltend und gewann den Proceß in allen Instanzen. Einige in gleichem Fall befindliche Nachbargemeinden verlangten nun ebenfalls Entschädigung;

das Finanzministerium drohte, wenn sie diese Ansprüche nicht aufgeben, werde die Zahl der bei diesen Orten anhaltenden Eisenbahnzüge vermindert, die Briefladen eingezogen werden und dergleichen, sodaß die Eingeschüchterten nicht wagten ihre Forderungen weiter zu verfolgen. — Die Dampfschiffahrtsverwaltung machte eine Forderung an einen Holzhändler; sie wurde vom Gericht abgewiesen. Der Finanzminister ließ nun den Betrag der Forderung von einem Guthaben des Holzhändlers bei der Eisenbahnkasse abziehen und bedrohte ihn, als er sich beschwerte, mit Entziehung aller Lieferungen für die Bahn und möglichst strenger Behandlung bei den noch im Gang befindlichen Geschäften, sodaß er den kleinern Verlust dem größeren Uebel vorzog.

Im Kriegsdepartement besteht auch in Württemberg wie fast überall die Klage, daß bei Beförderungen die Geburt zu sehr berücksichtigt werde, ferner, daß die Stellen der Verwaltungsbeamten mehr und mehr durch Officiere besetzt werden, daß unverhältnißmäßig viele höhere Chargen bestehen, die Militärpersonen große Summen verschlingen, daß überhaupt bei der Verwendung der für Militärzwecke bestimmten Mittel nicht sparsam zu Werke gegangen werde. So erhielt z. B. ein dem Kronprinzen als Adjutant bei einer Reise nach Paris beigegebener Officier, obgleich die Reise ganz auf königliche Kosten stattfand, Diäten aus der Staatskasse. So wurde im letzten Frühjahr mit reichlichen Ausrüstungsgeldern versehenen Officieren gestattet, ihren Bedarf an Pferden aus den für den Staat aufgekauften Remontepferden zum Durchschnittspreis, statt um den in der Regel beträchtlich höhern Ankaufspreis der betreffenden Stücke, auszuwählen. — Hauptsächlich aber fällt es, selbst gegenüber manchen deutschen Staaten, die in diesen Beziehungen besonders übel daran sind, auf, wie sorgfältig von oben herab in dem Militär die Anschauung genährt wird, daß es nur gegen das Staatsoberhaupt und die militärischen Oberen, nicht auch gegen den Staat, dessen Kasse es bezahlt, und das Volk, dessen Kind es ist, Verpflichtungen habe. Daher findet man hier eine schwerlich irgendwo weitergehende Absonderung des Militärs vom Civilstand, welche bei den im Durchschnitt tüchtig gebildeten Officieren zu einer von Manchem bedauerten Einseitigkeit, bei den Unterofficieren und Soldaten häufig zu brutalem Benehmen führt. Vielleicht ist eben in diesem Bestreben, dem Militär den Stempel von Haustruppen aufzudrücken, der Grund zu suchen, weshalb manche kleinere Staaten nicht zu einem, offenbar für die Wehrkraft des Volks viel wirksameren, Landwehrsystem gelangen können.

Neben diesen und noch manchen anderen Uebelständen, welche eine Zufriedenheit im Innern nicht aufkommen lassen, wird in Württemberg die traurige Zersplitterung von Deutschland, die Ohnmacht der Kleinstaaten, die beständige Besorgniß, irgend einem Mächtignern zur Beute zu werden, oder doch

Gut und Blut für Pläne opfern zu müssen, welche weder dem engeren, noch dem deutschen Vaterland förderlich sind, die Hemmnisse, mit welchen die Verschiedenheiten der Gesetzgebung, der Verwaltungsformen, des Münz- und Maß-Systems das Gewerbs- und Verkehrsleben in den kleinern Staaten mehr als in den großen drücken, so schwer als anderswo empfunden. Diese Empfindung würde sich lebhafter, als bis jetzt geschehen, äußern, wenn nicht fast alle Parteien Gründe hätten, für jetzt damit zurückzuhalten. Die Einen sind durch die Erfahrungen der letzten zehn Jahre zu der Ansicht gelangt, daß eine wirksame Einigung in Deutschland ohne radicale Aenderung der Regierungsform nicht zu hoffen sei. Diese Pessimisten, deren Zahl in Süddeutschland nicht gering ist, betrachten eine Revolution als das einzige wirksame Mittel, um zum Ziel zu gelangen; sie wollen jedoch nicht auf eine solche hinwirken, weil sie wohl wissen, daß der größere Theil des Volkes ihrer Ansicht nicht huldigt, daß sie also gegenwärtig keine Aussicht auf Erfolg hätten. — Andere sind Freunde des maßvollen Fortschritts, hassen die herrschende Reaction und wünschen eine liberale, gerechte, den Forderungen der Zeit Rechnung tragende Regierung. Sie beklagen es, daß ihr Regent, der in früheren Zeiten durch Festhalten an Recht und freisinniger Beförderung des Nationalwohls vor vielen Andern sich auszeichnete, in die Bahn der Reaction gedrängt wurde. Sie wollen jedoch dem 79jährigen Herrscher nicht zumuthen, im hohen Alter von den Ministern sich zu trennen, an die er gewöhnt ist, und sie ertragen diese Minister aus Anhänglichkeit an ihren König. — Groß ist ferner die Zahl der Gleichgiltigen, welche in Befriedigung materieller Interessen ihr ganzes Glück finden und nur sich rühren, wenn und so lange ihr Egoismus unmittelbar berührt wird. Sie sind die Klasse, um welche ein beständiger stiller Kampf geführt wird, indem die Männer des Fortschrittes aus ihrer Zahl sich zu verstärken suchen, während die Reaction, da sie ihre Partei selbst nicht beträchtlich vergrößern kann, wenigstens möglichst viele gegen ihr Treiben gleichgiltig zu wissen wünscht, und zu diesem Zweck der Aufklärung nach Kräften entgegenarbeitet. — Die der Zahl nach kleine Partei endlich, welche derzeit das Regiment führt, findet natürlich alles in der Ordnung, was von den Andern ausgeht und hat gegen Alle, welche nicht derselben Meinung sind, stets die abgenützten Schlagwörter: „Rothe, Aufwiegler, Ehrgeizige, u. s. w. im Mund.

Für jetzt leben diese Parteien ziemlich friedlich nebeneinander. Sicherlich kommt eine Zeit, welche die stagnirenden Elemente in Fluß bringen wird, eine Zeit, die viele fürchten und wenige herbeiwünschen. Je schroffer bis dahin die Parteien sich gegenüberstehen, desto schlimmer dann für die Unterliegende!
